

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt
mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post
im Nachbarortsbereich 2,15 M. in Württemberg
2,25 M. vierteljährlich, dazu Beleggeld 90 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Wer-
bungszeile oder deren Raum.
Reklame 25 Pfg. die Zeile.
Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition
zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg.
besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 61

Samstag den 15. März 1919

36. Jahrgang.

Sonntagsgedanken.

Unsere soziale Aufgabe.

Der Zweck aller Arbeit soll das Gemeinwohl sein.
K. K. K.

Wochenrundschau.

Die Erklärung des Generalkreises in Berlin war ein verhängnisvoller Fehler. Als politische Gewaltmaßregel zur Erzwingung der Sozialisierung war er, wie Reichsminister Wiffel in der Nationalversammlung unumwunden erklärte, durchaus unangebracht und verwerflich, denn es hätte dieses Drucks auf die Nationalversammlung und die Reichsregierung nicht bedurft, um für die Verwirklichung des Sozialisierungsgesetzes die Bahn zu ebnen, im Gegenteil, ohne den Generalkreis wäre die Annahme des Gesetzes glatter vor sich gegangen und die Zustimmung wäre manchem Abgeordneten leichter geworden. Sodann aber mußte sich der Streikführer nach den gemachten Erfahrungen doch sagen, daß wenn er selbst auch jede Anwendung von Gewalt verurteilt, die kommunistischen Elemente die Gelegenheit begierig ergreifen werden, von neuem den Brand des Bürgerkriegs zu entzünden. Das ist denn auch geschehen. Glücklicherweise ist nach 14-tägigen blutigen Kämpfen, die vielen Hunderten das Leben kosteten und die wieder Werte von einigen hundert Millionen vernichteten, dank dem zielbewussten Vorgehen des Korps Hülsen und der Gardebataillerieschützendivision der Aufruhr wieder übergegriffen. Die Volksmarinedivision, die schon so viel Unheil stifte und die als der eigentliche militärische Kern der Revoltierenden anzusehen war, ist endlich besiegt. Die Hauptführer sind, wie gewöhnlich, rechtzeitig verhaftet und die gefangenen Spartakisten, etwa 2000, wollen nichts getan haben. Entsetzliche Greuel bestialischer Hohnheit wurden verübt in Berlin und an anderen Orten. Eines der bellagendsten Opfer war der Oberleutnant von Klüber, ein hervorragender verdienter Offizier, dem der Schuß der Nationalversammlung in Weimar übertragen war und der von Spartakisten in Halle in entsetzlicher Weise abgeschlachtet wurde. Der Vizepräsident der Nationalversammlung, Konrad Haufmann, hat an der Gruft des Helden ihm einen schönen Nachruf gewidmet. Und noch scheint es nicht zu der so notwendigen Ruhe kommen zu sollen. Der russische Kubel rollt noch mächtig und ob er an Zugkraft dadurch verliert, daß die Regierung die Einfuhr und den Umlauf des russischen Revolutionärgeldes verboten hat, wird sich erst zeigen müssen. Am 25. März sollen ja nach Zeitungsmeldungen in ganz Deutschland Versuche zu einem neuen Generalkreis, d. h. zu neuen Putschern gemacht werden.

Inzwischen hat aber die Arbeit in Weimar nicht geruht. Das Sozialisierungsgesetz ist in allen drei Lesungen von der Nationalversammlung mit starker Mehrheit angenommen worden. Damit ist nun verfassungsmäßig festgelegt, daß jeder deutsche Staatsbürger, der die nötigen Fähigkeiten und Kräfte dazu besitzt, verpflichtet ist, zu arbeiten. Müßiggänger, Plakatretter und ähnliche unproduktive Gewächse sind also künftig nicht mehr geben. Und das ist kein Unglück. Wie der einzelne Mensch durch ehrliche Arbeit nur moralischen Gewinn haben kann, so abet sich auch ein ganzes Volk durch fleißige Arbeit in allen seinen Teilen. Der Arbeiter in jedem Stande auf den Leib zu rüden, ist eine verdienstvolle Tat. Von noch größerer Bedeutung ist aber das Gegenstück in der Reichsverfassung; das Recht auf Arbeit, vor mehr als 100 Jahren schon von dem deutschen Philosophen Fichte zur nationalen Forderung erhoben, aber nie und in keinem Lande trotz mehrfacher Anläufe durchzuführen. Demnach, in dem der Gedanke zum ersten Mal auftrat, hat ihm jetzt Gestalt gegeben durch die Aufnahme in das Staatsgrundgesetz. Ob er sich durchführen läßt, steht noch dahin, denn das Recht auf Arbeit, das jedem deutschen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts und des Alters zugesichert ist, ist von unübersehbarer Tragweite und die Durchführung wird außerordentlich schwierig sein. In... recht auf Arbeit ist eine gute Disziplinierung des Volkes vorans, die Pflicht zur Arbeit soll das Erziehungsmittel sein. Mit der Erhebung dieser Sozialisierung im besten Sinne zum Staatsgrundgesetz hat das Deutsch-

sand, dem der Uebermut des Feindes den Fuß auf den Nacken drückt, in seiner tiefsten Schmach der schadenfrohen Welt das beschämende Zeugnis gegeben, daß es wohl unter schändlichem Mißbrauch seiner arglosen Vertrauensseligkeit in den Staub geworfen werden konnte, wie der fürchte Ringkämpfer durch tückische Kniffe eines unethischen Gegners zu Fall gebracht werden kann, daß es, aber, im Weltkreis um die sittlichsten Güter der Menschheit unbewußt ist und die Führung der Welt behalten wird, solange es ein deutsches Volk gibt.

Eine andere Seite des Sozialisierungsgesetzes betrifft die Ueberführung der Betriebe, oder zunächst gewisser wirtschaftlicher Betriebe in die Gemeinwirtschaft. Hier stehen die Meinungen in der Nationalversammlung hart aufeinander. Die Rechte lehnte sie als einen Sprung ins Dunkle, den wir uns in der gegenwärtigen Lage erst recht nicht leisten sollten, ab. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Vergesellschaftung der Kohlen-, Eisen- und Kalkwerke, der Elektrizitäts- und Wasserkräfte usw. als eine erste Beschlagszahlung bezeichnet. Die übrigen Parteien waren sich der Schwere des Schritts wohl bewußt; zu weit gehende Forderungen wollten sie ablehnen, grundsätzlich aber der Sozialisierung geeigneter Betriebe zustimmen. Das ist in der wichtigsten Frage mit-

ab der Regierung sowohl wie der zustimmenden Fraktionen Zustimmungsschwierigkeiten bestanden, darauf deutet der Rücktritt des Reichsministers der Abrüstungsamt Koch hin; auch hat der Abg. Derburg den zweiten Vorstoß des Hauptausschusses der Deutschen demokratischen Partei niedergelegt. An seine Stelle ist der Abg. Dr. Pachtke getreten, der dann die Stellungnahme einer Partei zu dem Gesetzesentwurf in der Nationalversammlung begründete. Die Sozialisierung oder konnte als eine natürliche Reaktion gegen die frühere Ueberpannung des Kapitalismus, wie ein Zentrumsvredner zutreffend sagte, nicht aufgeschalten werden, und wenn sie in vernünftigen Grenzen bleibt, wenn sie namentlich nicht so weit getrieben wird, daß sie den privaten Unternehmungsgeist, der die Arbeit befruchtet, einschmürt oder ausschaltet, dann wird sie zur Befruchtung unserer wirtschaftlichen und sozialen Nöte das Ihrige beitragen.

Von sozialdemokratischer Seite war der Antrag gestellt worden, die in erster Lesung in das Gesetz aufgenommene Bestimmung, daß bei Enteignung von Betrieben dem Eigentümer eine angemessene Entschädigung von Staatswegen zu geben sei, wieder zu streichen. Die bürgerlichen Parteien erklärten aber, daß für sie das Enteignungsrecht ohne die Schlagsbestimmung unannehmbar wäre, da sonst künftig jeder Betrieb der Konfiskation verfallen könnte, ohne daß gegen ein Staatsgesetz verstoßen würde. Damit würde der Privatbesitz überhaupt in der Luft schweben. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags mit 165 gegen 135 Stimmen. Dabei ist bemerkenswert, daß zum ersten Mal die beiden sozialdemokratischen Parteien, den geschlossenen bürgerlichen Parteien gegenüberstanden.

In der Nationalversammlung wurden ferner am 10. März zwei Anträge über die Ernährung eingebracht. Abg. Petersen (D. dem. P.) wünschte den Abbau der Zwangswirtschaft, Abg. Dr. Semmler (Deutschnall. P.) behandelte die Frage der Arbeitskräfte und der Dünge Mittel für das Land. Reichernährungsminister Schmidt will bei dem Verkehr mit Hülsenfrüchten, Getreide, Gerste und Hafer, Heu und Stroh die Zwangswirtschaft teilweise aufheben, bei Fleisch und Brotgetreide sei es aber unmöglich. Schach sprach er gegen die sinnlosen Streiks; die streikenden Arbeiter verlangen Erhöhung der Rationen, während sie doch durch den Streik das Zahlungsmittel für die Lebensmittel entziehen, die Kohlen. Bei dieser Gelegenheit versicherten verschiedene landliche Abgeordnete, daß die Bauern nicht daran denken, zu streiken, eine Erklärung, die vom ganzen Hause mit großem Beifall aufgenommen wurde. Im übrigen betonte Minister Schmidt, die Ernährungslage sei so schwierig geworden, daß es ihm kaum möglich sei, die Verantwortung weiter zu übernehmen.

Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis, gegenwärtig Oberpräsident der Provinz Pommern, ist genötigt worden, seinen Abschied zu nehmen. Michaelis ist eine charaktervolle Persönlichkeit, ehlich durch und durch, aber wie er nie im Paradiesen gefunden hat, so hat er ihm auch kein Verständnis entgegengebracht. Reichsminister Erzberger hat die Teilnahme an den Verhandlungen zum Vorlieben, die im April beginnen sol-

len, abgelehnt. Die unabhängigen Sozialisten forderten bekanntlich programmatisch, daß Erzberger zu den Verhandlungen nicht zugezogen werde und auch von Seiten der Schwerindustrie und der Reeder ist es sehr angefochten worden. Inwiefern diese Gegnerschaft zu dem Entschluß des Ministers beigetragen hat, mag dahin gestellt bleiben; zu verwundern wäre es nicht, wenn ihm die fortwährenden Angriffe gegen seine und andere Unterhandlungsarbeit mit einem siegesstillernden Feind nun endlich auch bis zum Halse gingen.

Der Abbruch der Verhandlungen in Spa wegen der Lebensmittelpolitik hat doch sein Outing gehabt. Die Feinde sind ruhig geworden; das hatten sie wohl nicht erwartet. Man besetzte sich zwar zu versichern, es sei gar kein Abbruch gewesen, die Bevollmächtigten des Verbands haben nur in Paris neue „Informationen“ holen müssen. Aber das sind faule Eier. Gegenüber den Berichten englischer und amerikanischer Kommissäre, daß tatsächlich in Deutschland einige hundert Personen täglich den Hungertod erleiden, mußte Clemenceau seine Plöcke etwas zerhacken. So wurden denn in Eile neue schärfere Bedingungen ausgedacht, aber es wurde auch zugestanden, daß Deutschland gegen „angemessene“ Bezahlung monatlich 250 000 Tonnen Getreide, je für etwa 9 Tage reichend, geliefert werden sollen, während bis dahin nur eine einmalige Lieferung von 270 000 Tonnen zugestanden war. General Blumer, der sich auf Anhörungen verließ, wie er im Krieg gegen die Marabete in Afrika und im Burenkrieg belegen hat, berichtet, daß die englischen Soldaten eher meutern wollten, als weitere Kinder und Frauen auf den Straßen der deutschen Städte umkommen zu sehen. Das hat Eindruck gemacht. Aber die Bedingungen, die am 13. März der deutschen Kommission in Versailles zur einfachen Annahme vorgelegt wurden, sind auch darnach. So ist z. B. die deutsche Handelsflotte ohne weiteres anzuliefern. „Die Deutschen werden ihre Schiffe nicht wieder sehen“, schreiben die englischen Wäiter. Die Kriegsflotte schrumpft auf ein paar Küstenschiffe zusammen. Den Polen wird ihr „Recht“ auf die deutsche Provinz Posen und die rein deutsche Stadt Danzig. Das deutsche Meer wird auf 100 000 Mann herabgesetzt, und damit es keine Aussicht auf etwaige Vergrößerung hat, soll es aus aufgelosten Freiwilligen rekrutiert werden, die zu 12-jähriger Dienstzeit zu verpflichten sind. Unteroffiziere dienen 15, Offiziere 25 Jahre. Also keine Verjüngung, kein Nachschub, — keine Schlagerfertigkeit. Das verlotterte Polen, das 600 000 Mann aufzustellen in der Lage ist, könnte also künftig allein Deutschland militärisch meistern. Wenn das keine „Sicherung“ für Skandinavien ist!

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar 13. März.

Zweite Beratung des Kohlenwirtschaftsgesetzes.

Abg. Henke (U.S.P.): Das Gesetz enthält nur einräumlich Entrogate von dem, was die Arbeiter gefordert haben. Wir lehnen es ab.

Abg. Osteroth (So.): Die Unabhängigen sind gegen das Gesetz, weil es die Arbeiter herabsetzt. Die Bergarbeiter wissen jetzt, was sie von den Unabhängigen zu erwarten haben. Wir betrachten das Gesetz als eine Gruppe auf dem Wege zur Verstaatlichung des Bergbaus. Sollten die Herren von der Rechten 10 Jahre früher den Wert der Gewerkschaften gewürdigt so hätten sie sich viel viel Spartakismus erspart. Die Bergarbeiter wollen Toten sehen. Dieses Gesetz ist eine Tat.

Abg. Weglich (D.N.): Das Gesetz ist für uns unannehmbar. Die Sachverständigen, die von der Kommission gehört sind, haben einstimmig erklärt, daß das Gesetz vernünftig und ruhmlos für das ganze Wirtschaftsleben sein wird. Wir die Preisfestsetzung durch die Regierung gedacht ist, darüber sagt die Vorlage nichts. Eine große Forderung wird eintreten. Wir können nicht für das Gesetz stimmen; würden aber gern an einem Gesetz gegen die Auswüchse des Kohlenpreiskrisis mitarbeiten.

Reichsminister Wiffel: Wir denken nicht daran, den Kleinhandel für Kohlen zu besetzen. Bei der Zusammenfassung des Kohlenrechts werden selbstverständlich die süddeutschen Interessen berücksichtigt werden.

Abg. Imbusch (Z.): Das Gesetz entspricht in der Kommission unsere Anforderungen. Die Großindustrie hat keinen Grund, sich über Bergemahlung zu beklagen. Sie war immer rücksichtslos. Leider werden heute immer noch viele Bergleute an der Arbeit verdrängt. Ich bitte die Regierung rücksichtslos für Ordnung zu sorgen.

Abg. Knael (U.S.P.): Unsere Wünsche über die Einbeziehung der Arbeiter in das Gesetz sind keine Phantasien. Bei der heutigen Zusammenfassung des Reichskohlenrechts wird das Gesetz nur dazu führen, die Kohlenpreise weiter zu steigern. Wenn das Gesetz kein sozialistisches ist, werden wir es ablehnen und der Öffentlichkeit sagen, daß die Mehrheitssozialisten einem vagen Gesetz zugestimmt haben.



Arbeitsminister Bauer: Am kein Agitationsargument aus der Hand zu geben, lehnen die Unabhängigen das Gesetz ab wie bisher in alter Weise weiter.

Abg. Waldmann (D.N.): Ein Teil meiner Freunde stimmt der Vorlage zu, da er glaubt, daß es noch gelingen kann, durch die Ausführungsbestimmungen einen Teil der schwereren Bedenken gegen das Gesetz zu beseitigen.

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden darauf die einzelnen Paragraphen des Gesetzes angenommen, ebenso die Entschliessung der Kommission über die Arbeiterkräfte. Darauf wird das Kohlegesetz sofort auch in 3. Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen und des größten Teils der Rechten angenommen.

Das Sozialistengesetz wird in 3. Lesung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Anschluß der Tagesordnung erhält das Wort Ministerpräsident Scheidemann: Vorkriegszeiten zufolge wird von französischer Seite in den besetzten Gebieten eine überaus rege Propaganda betrieben, die auf eine Loslösung rheinischer Gebietsteile vom Reich hinstrebt. Die Reichsregierung sieht darin einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Verstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätenprinzip und eine unerhörte Verletzung des einheitslich fühlenden deutschen Volks. Die rheinische Bevölkerung, die nichts gemein haben will mit den eigenartigen Bestrebungen einzelner interessierter Personen, ist deutsch und will deutsch bleiben. Die Regelung des Verhältnisses der linksrheinischen Lande zum Reich ist eine innerdeutsche Angelegenheit.

Eine Entschliessung, die von allen Parteien unterzeichnet ist, besagt: Die Nationalversammlung nimmt die Erklärung der Reichsregierung zu und ersucht die Regierung diese Erklärung allgemein bekannt zu machen. Die Entschliessung wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 26. März, nachmittags 3 Uhr.

Neues vom Tage.

Vom Staatenaußschuß.

Weimar, 14. März. Der Staatenaußschuß hat den Gesetzentwurf über den Eintritt des Freistaats Württemberg in die Biersteuergemeinschaft dem dritten, vierten und siebten Ausschuß überwiesen. Den von der Nationalversammlung angenommenen Gesetzen betr. Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln, der Sozialversicherung und der Kohlewirtschaft wurde zugestimmt.

Einberufung des bayerischen Landtags.

München, 14. März. Der bayerische Landtag wird auf Montag den 17. März einberufen.

Die Wahlen in Sachsen-Weimar.

Weimar, 13. März. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Weimar erhielten die Mehrheitssozialisten 18 Sitze, die Unabhängigen 3, Deutsch-Nationale und Deutsche Volkspartei (verbundene Listen) zusammen 11, Deutsch-Demokratische und Christliche Volkspartei zu 10 Sitze.

Lebensmittel!

Höln, 14. März. Die Firma Thyssen in Hamborn hat für ihre Arbeiter im Ausland größere Mengen Lebensmittel angekauft, deren Ankauf in den nächsten Tagen von Holland aus erwartet wird.

Die Spartakisten.

Berlin, 14. März. In der Nacht zum Donnerstag wurden Regierungstruppen in der Hasenheide und der Jahnstraße mit Handgranaten und Gewehren beschossen und verloren einen Toten und zwei Verwundete. Die Schießerei dauerte bis in die Vormittagsstunden. Auch in der Urbanstraße wurde geschossen.

Berlin, 14. März. Die Zahl der Toten bei den Berliner Straßenkämpfen bis Donnerstag früh wird auf 100 bis 1000, die der Verwundeten auf über 1600 geschätzt. 183 unbekannte Tote sind in das Leichenhauhaus gebracht worden. Die Regierungstruppen haben mehr als 350 tote Spartakisten aufgefunden.

Am Montag, Dienstag und Mittwoch sind von den Regierungstruppen 8324 Gewehre, 532 Maschinengewehre, 5 Geschütze und reiche Mengen von Munition und Handgranaten aus spartakistischem Besitz erbeutet worden. Eine einzige Division hat gestern 4307 Gewehre und 73 Maschinengewehre eingebracht.

Bei den Unruhen in der letzten Woche wurden etwa 1000 Personen verwundet.

Berlin, 14. März. Nach einer Meldung des „Berl. Volants“ aus Weimar liegt von dem Abgeordneten Eichhorn, dem früheren Polizeipräsidenten v. Berlin, ein Schreiben an den Präsidenten der Nationalversammlung vor, in welchem er aus Braunschweig wo er bei seinen kommunistischen Freunden Unterschlupf gefunden hat, ankündigt, daß er an den Sitzungen der Nationalversammlung teilnehmen werde unter der Voraussetzung des Schutzes seiner persönlichen Freiheit durch den Präsidenten.

Die „Sozialistische Zeitung“ meldet aus Hamburg die Spartakisten haben für eine der nächsten Nächte einen großen Ueberfall geplant. Der neue Kommandant habe energisch Maßnahmen getroffen, sodaß der Plan hoffentlich vereitelt werden könne.

Leipzig, 14. März. Die „Leipz. Neue Nachr.“ berichten: Von den 400 000 Mark, die während des Generalkriegs im Auftrag des Leipziger A- und S-Rats vom Oberbürgermeister in Leipzig erpreßt wurden, hat ein mit der Auszahlung von Geldern an die Eisenbahnarbeiter Beauftragter 100 000 Mark unterschlagen. Bei der Festnahme des Täters, der ein vielfach vorbestrafter Mensch ist, wurden nur 42 000 Mark gefunden.

Sechshündiger Arbeitstag.

Berlin, 14. April. Aus Essen wird dem „Berl. Volants“ berichtet: Nachdem die Bergarbeiter des Bezirks Sterkrade vor einigen Tagen die siebenstündige Arbeitszeit durchgesetzt hatten, verlangen sie jetzt deren Herabsetzung auf 6 Stunden, einschließlich Ein- und Ausfahrt. In einer Belegschaftsversammlung wurde erklärt, daß man die stündige Arbeitszeit mit allen Mitteln, nötigenfalls auch durch Streiks, erzwingen werde. Auch würde man Steuern und andere Reichsabgaben nicht eher bezahlen, bis alle Forderungen bewilligt worden seien.

Wieder getrennt.

München, 14. März. Die Partei der Unabhängigen hat am 1. März erfolgte Einigung mit den Mehrheitssozialisten wieder aufgehoben, da sie die Verständigung mit der bürgerlichen Demokratie ablehnt.

Gründung der preuß. Landesversammlung.

Berlin, 14. März. Gestern nachmittag wurde die preuß. Landesversammlung eröffnet. Es waren umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Auch die Abgeordneten wurden nach Waffen durchsucht.

Westpreußen gegen die polnische Landung in Danzig.

Danzig, 14. März. Ein Telegramm des deutschen Vorkrats für Westpreußen an die zuständigen Regierungsstellen warnt vor einer Beförderung polnischer Truppen über Danzig nach Polen, da eine solche unsicher zu machen führen und die bisher ungehindert vor sich gehende Beförderung amerikanischer Lebensmittel für Polen unterbinden würde. Die Truppen können ebenso schnell und ohne Gefahr, daß Unruhen entstehen, über Königsberg oder Libau befördert werden.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Brüssel, 14. März. Der französische Admiral Benmick teilte den deutschen Bevollmächtigten die Bedingungen mit, unter denen sie bei der Befreiung der Bedingungen des Obersten Kriegsrats Aufträge stellen können. Jede Ausdrucksweise war untersagt. Die Eingänge zum Saal wurden von Soldaten bewacht.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 14. März. Der Oberste Kriegsrat hat beschlossen, von Deutschland die Auslieferung aller seiner Flugzeuge und die Einstellung der Neuanfertigung solcher bis Friedensschluß zu verlangen.

Paris, 14. März. Präsident Wilson und Gemahlin sind gestern in Vrest gelandet und nach feierlichem Empfang nach Paris abgereist.

Die deutschen Handelsschiffe in Südamerika.

Washington, 14. März. (Reuter.) Die Beamten des Staatsamts wurden benachrichtigt, daß der Oberste Rat in Paris die in den hilenischen Gewässern befindlichen deutschen Schiffe mit einem Gehalt von etwa 100 000 Tonnen den Vereinigten Staaten zugewiesen habe. Die meisten sind dringend ausbesserungsbedürftig. Ueber den Rechtsanspruch auf diese Schiffe sowohl als auch auf die in den brasilianischen Gewässern, die Frankreich, und auf die in Uruguay und Peru, die den Vereinigten Staaten zugewiesen worden, wird später entschieden werden.

Wenn die Steine reden.

London, 13. März. Reuters Sonderberichterstatter meldet aus Berlin: Im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung erkläre ich, daß wenn Deutschland nicht erhebliche Lebensmittelmengen im Lauf des April erhält, es höchstwahrscheinlich verhungern muß. Die deutsche Regierung habe vor mehreren Wochen die Protration auf den heutigen Stand erhöhen müssen, um die Bevölkerung zu beruhigen. Wenn man diese Nation beibehalte, würden die eigenen Vorräte im Mai vollständig erschöpft sein. Ebenso notwendig seien bestimmte Rohmaterialien, um Deutschland zu ermöglichen, seine Arbeit fortzusetzen. Die Bolschewisten setzten Fleisch und Brot ein. Dies könne man bemerken, wenn man durch den Osten Berlins gehe oder mit Leuten spreche, die hinter die Kulissen sehen.

Der Bischof von Oxford (der seinerzeit die Untat der Baralonger gefeiert hat) schreibt in einem Brief an die „Times“: Es scheint mir, daß wir und unsere Bundesgenossen aus einer Handlung schuldig machen, die die Geschichte für ewig verurteilen wird. Vier Monate sind vergangen, seitdem der Waffenstillstand unterzeichnet wurde und noch nichts ist getan worden, um die fürchterliche Not zu lindern. Es ist sowohl verbrecherisch als auch unpolitisch, Deutschland bis zur hoffnungslosen Verzweiflung und dauerndem Untergang auszuhungern.

Besserung der englisch-amerikanischen Beziehungen.

London, 14. März. Die „Times“ erfährt aus Washington, daß die britisch-amerikanischen Beziehungen sich bei teilweiser Aufhebung der Blockade bessern werden, wenn dadurch die Zensur aus den Telegrammen nach den neutralen Ländern Europas verschwindet. Die Verzögerungen und der Ärger, die diese Zensur verursacht habe, hätten viel Unzufriedenheit gegen England erzeugt.

Britische Arbeiterkonferenz.

London, 14. März. Am 3. April soll in London eine allgemeine britische Arbeiterkonferenz zur Beratung des Bänderbunds stattfinden.

Bolschewisten in Amerika.

New York, 14. März. (Reuter.) Von der Polizei wurde gestern früh das East Side River Building ausgehoben, wo 198 Männer und 2 Frauen gefangen genommen wurden. Es wird behauptet, daß die Vereinigung russischer Landarbeiter in Amerika das Gebäude besetzt hielt. Es wurden dort Schriften in Beschlag genommen, darunter einige Bücher in russischer Sprache, die dazu aufforderten, die amerikanische Regierung zu stürzen.

Das Ende der europäischen Türkei.

Basel, 14. März. Der „Secolo“ in Mailand meldet aus Konstantinobel, daß die türkischen Behörden und der Sultan Konstantinobel verlassen haben.

Baden.

Badische Nationalversammlung.

(-) Karlsruhe, 14. März. Die Besprechungen der Interpellationen wurde in der Bad. Nationalversammlung heute zu Ende geführt. Abg. Dr. Gothein (Dem.) bemerkte, man müsse die Beziehungen zum Welthandel so schnell wie möglich wieder aufnehmen, dann könne man die im Lande erzeugten billigeren Lebensmittel den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung

zuführen, während die besser gestellten die Auslandswaren erhalten würden. — Abg. Scholl (Z.) protestierte gegen die weitere Aufrechterhaltung der Blockade. — Abg. Herkle (D.N.) beklagt sich über das freche Auftreten der Stadtburschen, die zum Hampern auf das Land kommen. — Abg. Belzer (Z.) wünscht, daß bei der neuen Kartoffelerlassung den Landwirten das Saatgut gelassen werde. — Abg. Kiehl (Soz.) schildert die Vorgänge in Lörrach, die zu der Dienstenthebung des Oberamtmanns führten. — Abg. Martin (Z.) betonte, der Abbau der Preise sei nur möglich, wenn auch die Preise für Industrie und Landesprodukte herabgesetzt werden.

Ernährungsminister Traut bedauerte die Vorgänge in Lörrach, die leider auf das Land abgefärbt hätten. In Windischlag hätten sich wiederholt Widersecklichkeiten ergeben und es sei von dort militärische Hilfe erbeten worden; nach 11 Uhr mühte in der vergangenen Nacht das Karlsruhe freiwillige Bataillon ausziehen, um dem Gesetz Achtung zu verschaffen. Es sei mit Schüssen und Handgranaten empfangen worden. Die Kontrolle bei den Landwirten könne nicht aufgehoben werden. Um 2 Uhr war die Besprechung der Interpellation beendet.

Handwerkskammer Karlsruhe.

(-) Karlsruhe, 14. März. Die Handwerkskammer hielt gestern unter dem Vorsitz von Stadtrat Jernmann-Buchsal, eine Vollversammlung ab, die sich mit einer Reihe wichtiger Fragen, darunter der Rohstoffversorgung und der Wiederbelebung des Handwerks befaßte. Regierungsrat Bucerius, der Vertreter des Landesgewerbeamts, führte aus, die Verteilung des für das Handwerk brauchbaren Heeresgeräts habe zu lebhaften Klagen Anlaß gegeben. Die zur Verfügung stehenden Mengen reichten bei weitem nicht aus, um jedem Handwerker etwas zu geben. Es werde notwendig werden, dem Handwerk die Möglichkeit zu schaffen, so rationell wie nur möglich zu arbeiten. Dazu ist nötig, daß ihm alle Erzeugnisse der Technik zur Verfügung gestellt werden. Auch die Erzeugnisse des Handwerks werden für den Export in Betracht kommen; gediegene Erzeugnisse werden es dem deutschen Handwerker möglich machen, die Konkurrenz auf dem internationalen Markt anzunehmen. Leider finden die im alleinigen Interesse der Handwerker erleichterten Wirtschaftsstellen nicht die Unterstützung aller Standesangehörigen.

Den Tätigkeitsbericht des Vorstandes erläuterte Vorsitzender Jernmann. Die bevorstehende Wehrerechnung werde eine überaus starke Beteiligung aufzuweisen haben, da sich 126 Personen daran vorbereiten. Das Wehrerechnen sei durch den Krieg in seinen Grundfesten erschüttert worden; es ist höchste Zeit, daß alle Kräfte zusammenarbeiten, diese bis zu einem Grad durch die Kriegsindustrie verlorrente Jugend wieder in getragene Bahnen zu bringen. Der Achtundzestag werde auch im Handwerk Platz greifen müssen. Auch die Entlohnung der Lehrlinge muß eine andere werden. Es sollten Lehrlingsheime errichtet werden, um auf das sittliche Wohl des Lehrlings einzuwirken, wenn er fern vom Elternhaus in der Arbeit steht.

Die Vollversammlung genehmigte die Erwerbung eines Kammergebäudes, nämlich den Ankauf des Hauses Friedrichplatz 4 in Karlsruhe.

(-) Mannheim, 14. März. Die hiesige Regierung hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in welcher die Erhöhung der Preise für sämtliche Fleisch- und Wurstwaren um 40 Pfg. für das Pfund verlangt wird. Die Preissteigerung wird damit begründet, daß die Metzgergeschäfte das aus dem Krieg zurückgekehrte Personal wieder einstellen mußten und dadurch erhebliche Mehrausgaben haben.

(-) Pforzheim, 14. März. Zu der hier ausgebrochenen Typhus-Epidemie berichtet der „Pforzh. Anz.“ u. a.: Die Seuche griff blitzartig schnell um sich und rief hunderte von Erkrankungen hervor, so daß bis Dienstagabend bereits über 500 Fälle gemeldet waren und anzunehmen ist, daß deren Zahl noch um einige Hundert steigen wird. Die Erkrankungen betreffen namentlich Kinder und junge Mädchen, sowie Frauen, während Männer nur selten befallen sind. Auch ganze Familien sind ergriffen und Todesfälle kamen bereits vor. Man nimmt an, daß die Ansteckung durch Wasser erfolgt, und zwar ist wieder die Ortschaftalleitung, die schon vor 25 Jahren das Unheil heraufbeschwor, verdächtig. Die Ortschaft, die von ihr versorgt wird, weist die meisten Erkrankungen auf. Die Ortschaft dagegen ist so gut wie seuchenfrei. Wäre die Milch, auf die man auch Verdacht hat, schuld, so müßte die Krankheit gleichmäßig über die ganze Stadt verbreitet sein. Der Bevölkerung wird darum dringend geraten, sich des Genusses von ungekochtem Wasser zu enthalten. Die Ortschaftalleitung wurde gesperrt, und die Stadt muß sich mit dem Wasser aus dem Holzbof und dem Güttinger Tal begnügen. Bedenklich ist es, daß die geeigneten Nahrungsmittel für die Kranken fehlen, denn die grobe Kriegskost ist für den erkrankten Darm nicht geeignet, ein Umstand, der leider zur Verschlimmerung der Seuche beitragen kann. Im Krankenhaus sollen mehrere hundert Betten für Typhusfrank durch freigemacht werden, daß man das Mädchenheim für derzeitige Krankenhausaufnahmen mit in Anspruch nimmt.

(-) Villingen, 14. März. Im Zusammenhang mit der Kündigung von Mannschaften des Ersatzbataillons kam es vorgestern nachmittag hier zu einer Massenversammlung der sozialdemokratischen Arbeiter. In dieser wurden mehrere Forderungen angenommen, so u. a. die Forderung auf Entseinerung des Redakteurs des Zentrumsblatts wegen seines Verhaltens gegenüber der Sozialdemokratie. In einem Zuge begaben sich die Teilnehmer nach Rathaus und überreichten dem Bürgermeister eine Reihe von Forderungen. Der größte Teil der Forderungen hat geschlossen.

Württemberg.

(-) Stuttgart, 13. März. (Geschäftsordnungsausschuß.) Der Geschäftsordnungsausschuß nahm die Anträge (S. 2, 3.) und (S. 2, 3.) an, die u. a. bestimmen, daß zwischen der zweiten und dritten

Mung die Zeitdauer von mindestens zwei Tagen ge-
legt werden muß und daß in der dritten Lesung Abän-
derungsanträge der Unterstützung von mindestens 10
Mitgliedern bedürfen.

(*) **Stuttgart, 14. März.** (Schußwaffen für
Justizbeamte.) Nach einer Verfügung des Justiz-
ministeriums ist denjenigen Angehörigen der Justizver-
waltung, die zu ihrem persönlichen Schutz die Aus-
übung ihres Berufs einer Schußwaffe zu bedürfen glauben,
empfohlen worden, sich wegen Erteilung einer schriftlichen
Bescheinigung darüber, daß sie zur Führung einer Schuß-
waffe samt Munition kraft ihres Amtes berechtigt sind,
alsbald an ihre vorgesetzte Dienstbehörde zu wenden.

(*) **Stuttgart, 13. März.** (Gegen die Som-
merzeit.) Der Finanzausschuß nahm zu dem Zen-
trumsantrag gegen die Wiedereinführung der Sommer-
zeit Stellung. Sämtliche Parteien anerkannten die
großen Schäden, die durch diese der Schuljugend und
insbesondere der Landwirtschaft erwachsen sind. Auch
in Arbeiterkreisen macht sich eine steigende Abneigung
bemerkbar. Ministerialrat Reußler gab bekannt, daß
die Regierung sichere Mitteilungen über die wirklich er-
zielten Ersparnisse nicht machen könne. Die Regierung
werde sich gegen die Wiedereinführung der Sommer-
zeit aussprechen. Der Antrag wurde mit 13 Ja gegen
5 Enthaltungen (3 D. d. V. und 2 Soz.) angenommen.

(*) **Stuttgart, 14. März.** (In den Ruhe-
stand.) Ministerialdirektor im Arbeitsministerium, Prä-
sident von Schmidt ist in den Ruhestand getreten.

(*) **Ulm, 14. März.** (Bewerbungen.) Ober-
amtmann Dr. Schwammberger beim württ. Arbeits-
ministerium teilt dem „Ulmer Tagblatt“ mit, daß er
sich um die Stadtvorstandsstelle in Ulm bewerben werde.
In den Blättern war zu lesen, daß Rechtsanwalt Mäh-
häuser in Ulm als Stadtvorstand in Ulm und Dr.
Schwammberger als Stadtvorstand in Geislingen in Aus-
sicht genommen sei.

(*) **Ulm, 14. März.** (Abschied.) In der heutigen
nichtöffentlichen Sitzung der bürgerlichen Kollegien ver-
abschiedete sich Oberbürgermeister Dr. v. Wagner von
den Kollegien.

(*) **Ulm, 14. März.** (Todesfall.) Im Alter
von 52 Jahren ist gestern Oberst Armand v. Alberti,
der im Felde zuletzt das Infanterie-Regt. 122 herborgerufen
geführt hat, gestorben. Er war neben anderen Ehren-
zeichen mit dem Orden Pour le Mérite ausgezeichnet.

(*) **Güdingen Orl. Brackenheim, 14. März.** (Ar-
beitslos.) Am 21. März schließt die Zigarettenfabrik
Wugler ihre sämtlichen Filialen im Jagstgau; dadurch
werden etwa 500 Personen, meist Mädchen, arbeitslos.

(*) **Mottweil, 14. März.** (Falsche Zinsab-
schritte.) In letzter Zeit wurden im hiesigen Bezirk
Hinsabschritte von Kriegsanleihen im Wert von 250
Mk. angehalten, die durch Voranstellung einer 1 oder
einer 2 in 12,50 bzw. 22,50 Mk. verwandelt wurden.
Die Fälschung ist umso leichter zu erkennen, als die
Wertbezeichnung in Buchstaben nicht abgeändert ist.

(*) **Tuttlingen, 14. März.** (Notstandsarbei-
ten.) Eine Kommission aus verschiedenen Gemeinden
des Baarlandes wurde bei den zuständigen Stellen in
Stuttgart wegen Ausführung von Notstandsarbeiten, be-
sonders der Bahn Tuttlingen — Trossingen — Schwen-
ningen und der Verbesserung bzw. Neuanlage von Straßen
vorstellig. Der Bahnbau wurde von der Regierung
als nicht spruchreif bezeichnet, weil die nötigen Pläne nicht
vorhanden seien. Es ist nun seitens der beteiligten Ge-
meinden beabsichtigt, sofort Pläne ausarbeiten zu lassen.

(*) **Von der Enz, 14. März.** (Ein unheim-
licher Gast.) Die plötzlich in Proszheim und näherer
Umgebung ausgebrochene Typhus-Epidemie hat schon über
800 Krankheitsfälle und eine große Zahl Todesfälle gezei-
gelt. In Brödingen starben in einer Familie Mut-
ter und zwei Kinder von 9 und 12 Jahren. Der Vater,
Fleischer Bossert, ist im Krieg gefallen; die ganze
Familie ist ausgestorben. Das Volk sagt, es sei eine
Hungervergeltung.

Die Vereinigung der Fideikommissgemeinden in Württemberg.

Unter diesem Namen haben sich am 3. Januar 1919 gegen
700 Gemeinden von Württemberg zusammengeschlossen zum
gemeinsamen Vorgehen wegen Abschaffung der Fideikommiss-
Verhältnisse und Vertretung ihrer Interessen bei der Aufstellung derselben.
Die Fideikommissverwaltung ist nicht neu. Der gebundene — meist
Großgrundbesitz — hat in den weitaus meisten der beteiligten
Gemeinden volkswirtschaftlich schädlich gewirkt, indem eine Ver-
größerung der Bauernwirtschaften, sowohl der kleineren als der
größeren, nicht nur eine Unmöglichkeit war, sondern weil der
Großgrundbesitz fortgesetzt seinen Besitz noch weiter vergrößerte
und abrandete. Industrielle Entwicklung solcher Gemeinden war
so gut wie unmöglich. Man trifft daher auch in all diesen
Gemeinden überall dieselben Verhältnisse und Gegensätze: Eine
arme oder höchstens schwach bemittelte Kleinbauernbevölkerung,
die Gemeinden selbst ohne Vermögen, gewerbe- und industriearm,
daneben der reiche ausgedehnte Großgrundbesitz. Viele Gemein-
den haben nur einen ganz geringen Steuerertrag aus diesen Ver-
hältnissen und aus dem sonstigen Vermögen der Herrschaften.
Da oft gar nicht in der Gemeinde oder überhaupt nicht im
Lande wohnen oder mehrere Steuerwohnplätze haben, wodurch
sich die Steuer wieder unter mehrere Gemeinden teilt.

Daneben müssen die Kleinbauern, Handwerker usw. im Ver-
hältnis viel mehr an den öffentlichen Lasten tragen. Aussicht
auf Verbesserung der Verhältnisse bestand leider nicht, weil es an
der Hauptsache fehlte, an verfügbarem Grund und Boden, welcher
höchstens gepachtet werden konnte. Ferner kamen noch die be-
sonders drückend empfindenen Sonderrechte, wie das Recht zur
Ernennung der Kirchen- und Schuldiener, Vertretung von der
Militärleistung im Krieg und Frieden, Erwählung im Kirchen-
rat, Anspruch auf Trauergehälter, unentgeltliches Beerdigungs-
recht auf den Ältern der Bürger der Gemeinden, Fischereirecht und
dergl. dazu.

Die Hauptfrage geht man um die 2 Punkte: Um die
Verwendung des abzutretenden Grund und Bodens und um
die Höhe der Entschädigung.

Die Vereinigung vertritt die Ansicht, daß der Grund und
Boden in erster Linie an die Gemeinden abgetreten werden
soll. Die Verwendungsmöglichkeit des frei gewordenen Grund
und Bodens ist in jeder Gemeinde eine andere. Die Abtretung
auch, wenn etwas Rechtes daraus werden soll, auch unbedingt
nach diesen verschiedenen Verhältnissen geregelt werden. Die
Vereinigung hat hierüber zunächst — einer damals herrschenden
Volkswirtschaftslehre entsprechend — den Grundsatz aufgestellt,
daß die Gemeinden den ihnen zugeteilten Grundbesitz nicht weiter-
veräußern und nicht unter ihre Bürger aufteilen sollen. Bei der
Gründungsversammlung wurde aber auf eine Anfrage aus-
drücklich festgestellt, daß die zunächst aufgestellten Grundsätze keine
Andersart sein sollen, sondern wherever geändert werden können.

Wenn jetzt die Forderung „aufgestellt“ wird, daß die sog. Fideikommiss-
anteile der Bürger weiterverkauft werden sollen, so werden die
Gemeinden dem ohne weiteres zustimmen. Spekulationsgewinn
sollen selbstverständlich von den Gemeinden nicht gemacht werden.
Andererseits soll aber auch den Fideikommissbesitzern ein
solcher verweigert werden, gerade dadurch, daß sie in erster Linie
an die Gemeinden abtreten müssen. Nur bei dem zusammen-
hängenden Grundbesitz soll der Weg der Aufteilung zur Neu-
verteilung durch Reich, Staat, Landbesitzer, Kaufmann und dergl., ins
Auge gefaßt werden. Bei den Wäldungen besteht die Vereinigung
des Grundsatz, daß sie, soweit sie zur Abrundung von Gemein-
wäldern nötig sind, den Gemeinden übertragen werden, einzelne
parzellierte Waldstücke ebenfalls, im übrigen soll der Wald
angekauft werden und Staatsbesitz werden.

Bezüglich der Entschädigung für den abzutretenden
Boden stand die Vereinigung von Anfang an auf dem Stand-
punkte, daß eine angemessene Entschädigung gewährt werde.
Die Vereinigung vertritt den Grundsatz, daß in Ermangelung
anderer sicherer Anhaltspunkte, die jetzigen Steuerkataster
als Grundlage dienen sollen. Nach dem Maßstab, nach welchem
der Fideikommissbesitzer bisher an Reich, Staat und Gemeinde
Steuer bezahlt hat, soll er auch entschädigt werden. Als Ent-
schädigung wird der 25fache Betrag der Steuerkataster vorge-
schlagen. Bei Festsetzung dieser Entschädigung wäre dann noch
die jetzige wirtschaftliche Schädigung der Gemeinden in Be-
tracht zu ziehen.

Die Abtretung soll durch Entschädigung geschehen, welche einer
besonderen Kommission von Sachverständigen, Vertretern der
Regierung, des Landtags und der Fideikommissgemeinden, nicht
etwa den ordentlichen Gerichten, zu übertragen wäre. Derselbe
Kommission hätte auch die Höhe der Entschädigung zu prüfen
und die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gemeinden zu
untersuchen.

Mit einer solchen friedlichen Lösung sollte jeder Teufel, Staat,
Fideikommisshaber und Gemeinde sich einverstanden erklären
können.

Witze vom Tage.

Unglaublich. Der Leutnant in Gala und per Auto
„Danke“, erzählte er später den Augenzeugen, „der den
Wasserkopf trug, der Mann hatte mich außer Dienst ge-
stellt.“ (Jugend.)

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen sind noch nicht abgeschlossen. Am
Sonntag und Montag ist wechselnd bewölkt, ziemlich
kühles, aber vorherrschend trockenes Wetter zu erwarten.

Ministerreden.

D.P.C. Die vernünftigeren Stellung, welche die De-
mokratie den führenden Politikern zuweist, die als
Minister in den Regierungen ihres Landes sitzen, kommt
in den mancherlei Reden zum Ausdruck, die in den letzten
Tagen von verschiedenen Ministern gehalten wurden. Der
Ernährungsminister Baumann sprach in Nagold über die
schwierige Ernährungsfrage unseres Landes, die insbeson-
dere durch die Verchristung der Lebensmittelverhand-
lungen eine äußerst bedrohliche wurde. In einer Partei-
versammlung der Sozialdemokratie in Stuttgart sprach
Minister des Innern Lindemann über die Frage der
Sozialisierung. Am bemerkenswertesten dabei ist, daß jetzt
auch von sozialdemokratischer Seite immer stärker bet-
achtet werden muß, wie die ganze Frage der neuen Wirtschafts-
ordnung eine Sache der geistigen Umgestaltung der Men-
schen, also eine Weltanschauungsfrage sei. Was bürgerliche
Sozialistiker schon immer sagten, daß die Menschen inner-
lich ein anderes Verhältnis und andere Verbindungen
zueinander und miteinander haben müssen, ehe die For-

men sich befriedigend gestalten können, daß wird nun
auch von der Seite zugehört, die bisher immer nur der
Meinung waren, daß allein die äußeren Formen ent-
scheidend seien für Gewinnung und Bestimmung des sozialen
Lebens. In den nächsten Tagen will nun auch der sozial-
demokratische Arbeitsminister Schilde noch in einer so-
zialdemokratischen Versammlung über daselbe Problem
reden. Vom Standpunkt des Volkshauses und der
vertieften Bürgergestimmung aus, sind diese Ministerreden
nur zu begrüßen, denn je weiter oben einer steht, in
umso mehr Engtälern der Arbeit sieht er hinein und umso
höherer Richtlinien für das Zusammenleben der schwe-
rigen und sich oft wiederstreitenden Wirtschaftstragen des
Volkes kann er geben. Diese Ministerreden sind aber
auch darum erfreulich, weil sie den Ministern selbst prak-
tische Anschauungen geben und vor einer theoretischen
und blutleeren Politik bewahren.

Eine Volkshochschule für Stuttgart.

D.P.C. Auf Grund eines Vortrages, den Seminar-
oberlehrer Bäuerle in Stuttgart hielt, wurde der Ent-
schluß gefaßt, in Stuttgart die Gründung einer Volk-
hochschule näher zu treten und einen besonderen Ausschuss
mit den Vorarbeiten zu betrauen. Diese Arbeit erscheint
uns augenblicklich mit die dringendste zu sein. Unser
Volk ist geistig krank und kann nur von innen heraus
gesund werden. Selbstverständlich ist, daß man die Stuttgarter
Einrichtung anders gestalten muß, als solche für das Land.
Auch das ist ein Fortschritt, daß man endlich versteht,
dem Land ein seiner Art und seinen Bedürfnissen ent-
sprechendes Kulturleben zu lassen oder neu zu schaffen
und es nicht durch städtischen Abfall zu vergewaltigen
und zu verdrängen.

Vermischtes.

Eine treue Dienerin. Bei Gutschiffer Schmecher im Pflanz-
hof der Jagsthausen fand eine Dienstmagd, die 73 Jahre in einer
und derselben Familie war. Als 12jähriges Kind kam sie zu
ihren Großeltern.

Das Farbtrogen. Der Rektor der Universität Heidel-
berg hat das Ansehen des Volkswais, daß den Studenten das
Trogen von Farben verboten werden solle, abgelehnt mit der
Begründung, daß die zuständige Behörde das Bezugsamt sei.

Schwabenkapitel. Unter dem Leitungswort „Schwaben steht
oder nie mehr“ fand in der bayerischen Stadt Memmingen
am 11. März, von namhaften Persönlichkeiten ohne Unterchied
der Parteifarbe einberufen, eine große öffentliche Versammlung
statt. Bürgermeister Braun und andere Redner beleuchteten
die Verhältnisse, insbesondere aber die Interessen und Be-
ziehungen der Stadt Memmingen und des Allgäues, nament-
lich in wirtschaftlicher Hinsicht. In einer einstimmigen Entschlie-
ßung wurde dem Wunsch nach Vereinigung mit dem württ.
Schwaben Ausdruck verliehen. Die Reichsvertretung sollte die
Wege dazu weisen. Der als Gast anwesende Dr. Karl Magi-
rus aus Ulm wurde durch lebhaften Beifall ausgezeichnet. Es
wurde eine Ortsgruppe Memmingen des Schwabenkapitels
gebildet. In den bayerischen Städten Rempten i. A., Günz-
burg, Leulingen, Dillingen und Nördlingen sind die gleichen
Bestrebungen im Gange.

Widerstand der Bauern. Bei der Ankunft einer Kontroll-
kommission in dem Dorfe Wüldschlag bei Offenburg in Baden
kam es zu offenem Aufruhr der Bauern, die mit Heugabeln und
sonstigem Gerät bewaffnet sich vor dem Rathaus ansammelten
und die dorthin geschickte Kontrollkommission und ihre mili-
tärliche Bedeckung teilweise mißhandelten und mit dem Tode
bedrohten. Von Offenburg herbeigerufenen militärische Hilfe konnte
größere Unruhen vermeiden. Die Lage war sehr bedrohlich ge-
worden, da sich inzwischen auch ein großer Teil der Bauern
mit Schußwaffen versehen und stark gefeuert hatte. Nach langen
Verhandlungen konnte der Oberamtmann freien Abzug für die
Kontrollkommission erwirken, worauf die Ruhe wieder herge-
stellt wurde.

Gegen die Arbeiterräte machte sich die Erregung kommunistischer
Landwirte in Rumplow Luft. Als dort Mitglieder des
Bund der Arbeiter- und Soldatenräte erschienen, um Durch-
suchungen nach Vorkrähen vorzunehmen, wurden sie von etwa 100
Landwirten empfangen, die eine Durchsuchung gewalttätig ver-
hinderten. Ein Mitglied des Soldatenrats wurde entmündet und
ein Mitglied des Arbeiterrats nicht unerheblich verletzt. Sämt-
lich wurde auch noch Feuertrommeln gegeben, worauf auch die Ein-
wohner der umliegenden Dörfer herbeikamen.

Wittmoor. In München ist die Wittmoorlieferung derart
zurückgegangen, daß nun auch die Abgabe an Frauen beträchtlich
eingeschränkt werden muß und sogar eine starke Einschränkung
der Kindermilch in aller nächster Zeit zu erwarten ist.

Der Heeresstab. Aus München wird berichtet: In
den Heeresstab Oberbayerns sind noch erhebliche Bestände an
Tabak vorhanden, die nur oberbayerischen Geschäften angekauft
werden sollen. Schätzungsweise lagern in den oberbayerischen De-
pots nach Tabakfabrikate im Wert von 11 Millionen Mk., und
zwar etwa 15 Millionen Zigaretten, 170 Millionen Zigaretten
und mehrere tausend Zentner Rauchtabak. Davon sollen nun
erhalten: der Großhandel 10 Prozent, die Einkaufsgenossen-
schaft der Kolonialwarenhandlung 5 Prozent, die Einkaufsvereini-
gung der südbayerischen Kaufleute 7 1/2 Prozent, der Groß-
händlerverband 1 1/2 Prozent, der Verband des bayerischen Tabak-
gewerbes 4 Prozent, der Rest bleibt in Reserve.

Die Wilsons. In Deutschland lebten am 1. August 1914
111 männliche Mitglieder der Familie v. Wilson zwischen 18
und 45 Jahren. Während des Krieges haben im Feld- und
Heimatheer im ganzen 124 Wilsons Dienst getan, außerdem vier
als Seemann. Von diesen sind 23 gefallen und 5 an Wunden
erlitten infolge des Dienstes zeternten, zusammen also 31 Wilsons.
In der Vermundetenliste und sonstigen Kriegshilfe waren 30
Frauen der Familie aktiv tätig.

Verkauf des Angebots. Durch Zeitungsanzeigen, worden che-
mische Angehörige bayerischer Regimenter zum Eintritt in das
Regiment 112 nach Donaueschingen aufgefordert. Zum Satz
unserer bairischen Heimat. Nach den üblichen Anpreisungen über
Lohnung usw. schließt der Aufruf mit der Bemerkung: „Religi-
öse Verpflegung bei la Fleckenberger Bräu.“

Reiser. Fünf Matrosen der Volksmarinewachmannschaft in Ber-
lin brangen in einem Spielklub ein und raubten 80 000 Mk.
in Geld und Schmuckstücken im Wert von 50 000 Mk. Die Ber-
bercher wurden bereits am anderen Tag verhaftet. Sie waren
im Besitz großer Geldmittel.

Leutnant Derendach festgenommen. Bei Verhaftungen, die
wegen Raubankallos auf den Rittergutbesitzer Lande in
Remlingen bei Braunschweig erfolgten, hat man unter den Mit-
gehilfen einen gewissen Raab festgenommen, der bei seiner Ver-
nehmung, wie die „Braunschweiger Landeszeitung“ wieder-
geben hat, daß er der Leutnant Derendach, der frühere Führer
der Volksmarinewachmannschaft in Berlin sei, die bei den Verhaftun-
gen in Berlin so viel von sich sprechen machte.

Der Kanonier. Der englische Ingenieur Francis Fox,
der auch an der Erbauung des Simpsonkanals mitgearbeitet
hatte, stellte dem „Evening Standard“ mit, was beabsichtigt
von Dover nach Calais 3 Kanonen zu legen, und zwar jedes Rohr
mit einem Durchmesser von 18 Fuß. Jedes dieser Rohre wird
ungefähr 20 Fuß von dem andern entfernt liegen. Die Rohre
werden etwa 100 Fuß unter der Sohle des Kanals liegen.

Wirtschaftsverkauf.

Das Gasthaus zum Ratskeller kommt
am Montag, den 17. März 1919
vorm. 11 Uhr
auf dem Rathaus in einmaligem Aufstreich zum Verkauf.
Wildbad, den 15. März 1919.
Stadtschultheißenamt: Bägner.

Erfassung der Frischmilch.

Das Oberamt Neuenbürg hat durch Bekanntmachung vom 1. März 1919 folgendes bestimmt:

I. Verpflichtung der Kuhhalter.

1. Die von der Landesversorgungsstelle für die Berechnung der Lieferungsschuldigkeit der Kuhhalter maßgebenden Sätze sind folgende:

Von jeder Kuh haben jährlich abzuliefern:

Halter von 1 Kuh mit weniger als 5 Haushaltungsmittgliedern je nach den Verhältnissen des einzelnen Betriebs, wobei insbesondere eine etwaige Ziegenhaltung zu berücksichtigen ist.	180—350 Lt. Milch v. jed. Kuh
Halter von 2—3 Kühen	
a) wenn die Kühe den ganzen Jahr den Betrieb nöt. Spanndienst leisten	550 " " " "
b) wenn die Kühe nicht den ganzen Spanndienst leisten	750 " " " "
Halter von 4—6 Kühen	
a) wenn die Kühe zum Spanndienst herangezogen werden	950 " " " "
b) wenn die Kühe keinen Spanndienst leisten	1000 " " " "
Halter von 7—9 Kühen	1100 " " " "
Halter von 10 und mehr Kühen	1450 " " " "

Die Verteilung der Lieferung auf die einzelnen Monate darf nicht in der Weise erfolgen, daß im Monat einfach der zwölfte Teil der Jahreslieferung verlangt wird, sondern muß so geschehen, daß die Lieferungsschuldigkeit je nach der Milcherzeugung der Tiere zu den verschiedenen Zeiten höher oder niedriger als der Monatsdurchschnitt berechnet wird. Die Verteilung ist Sache der örtlichen Ausschüsse.

2. Die Kuhhalter haben die ganze nach Ziffer 1 zu liefernde Vollmilch, ebenso die Vollmilch, die sie über die Lieferungsschuldigkeit hinaus abliefern wollen, an die Gemeindebammelstelle zu liefern.

3. Es ist verboten, Milch unmittelbar an Verbraucher zu liefern.

4. Die Kuhhalter haben, soweit nichts anderes bestimmt ist, ihrer Lieferpflicht ausschließlich durch Abgabe von Milch zu genügen.

5. Kuhhalter, welche ihre Lieferpflicht nicht erfüllen, haben zu gewärtigen, daß ihre Zentrifugen und Butterfässer unter amtlichen Beschluß genommen werden.

II. Diese Vorschriften treten am 15. März 1919, soweit sie nicht schon durchgeführt sind, in allen Gemeinden des Oberamtsbezirks in Kraft.

Zur Verfügung wird auf den Anschlag am Rathaus verwiesen.

Wildbad, den 13. März 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Gewerbeschule Wildbad.

Deffentl. mündl. Prüfung

am Montag, den 24. März 1919.
nachmittags von 4—6 Uhr;

darin anschließend

Schlussfeier mit Preisverteilung.

Hierzu hat Jedermann Zutritt; insbesondere werden die Eltern und Lehrherren der Schüler eingeladen, diesen Veranstaltungen beizuwohnen.

Die Vorstände

des Gewerbeschulrats
Bägner.

Der Gewerbeschule
J. V. Monn.

Essig Essenzgarant. 80 proz

sowie
prima Weinessig

zu haben bei

Grundner Nachfolger

A. & W. Schmit

Mediz.-Drogerie und Sanitätsbazar Wildbad (Schwarzw.)

Geschäfts-Eröffnung und Empfehlung.

Der titl. Einwohnerschaft zur gefl. Kenntnis,
daß ich unter heutigem ein

electr. Installationsgeschäft

eröffnet habe.

Meine mehrjährige Tätigkeit in dieser Branche, insbesondere meine Verwendung während der Militärzeit bei der Ueberlandzentrale (Gouvernement Reg) setzen mich in den Stand, sämtliche in dieses Fach einschlagenden Arbeiten schnellstens und gewissenhaft auszuführen.

Um gefl. Aufträge bitte

Fritz Kappelmann

Elektroinstallation

Rennbachstraße 245.

Abgabe der Einkommensteuererklärungen für das Steuerjahr 1919.

Gemäß Art. 44 des Gesetzes vom 8. August 1913, betreffend die Einkommensteuer (Reg.-Bl. S. 261), werden alle diejenigen Steuerpflichtigen, deren steuerbares Einkommen 2600 Mk. und darüber beträgt, und ferner ohne Rücksicht auf den Betrag ihres steuerbaren Einkommens die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, die Berggewerkschaften, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die rechtsfähigen Erwerbs- und Wirtschaftsvereine, sowie die rechtsfähigen Versicherungsgesellschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und endlich alle Steuerpflichtigen mit einem steuerbaren Einkommen unter 2600 Mk., welche einen Vordruck zur Steuererklärung erhalten, aufgefordert, spätestens bis 8. April d. Js., jedoch nicht vor dem 1. April, eine Steuererklärung schriftlich nach dem vorgeschriebenen Vordruck oder zu Protokoll abzugeben.

Die Abgabe der Steuererklärung hat am Sitz eines Bezirkssteueramts bei diesem, im übrigen nach freier Wahl entweder bei der Gemeindebehörde für die Einkommensteuer oder bei dem Bezirkssteueramt zu erfolgen.

Der Steuerpflichtige, der nach erfolgter Zusendung eines Vordrucks zur Steuererklärung, ungeachtet nochmaliger Mahnung, eine Steuererklärung innerhalb der in der Mahnung festgesetzten weiteren Frist nicht abgibt, verliert nach Art. 49 des Gesetzes für das betreffende Steuerjahr das Recht der Beschwerde gegen die Entscheidung der Einschätzungskommission, sofern nicht Umstände nachgewiesen werden, welche die Versäumnis entschuldigen können.

Die wesentlich unrichtige oder unvollständige Angabe des steuerbaren Einkommens in der Steuererklärung ist, wenn sie geeignet ist, zur Verkürzung der Steuer zu führen, nach Art. 70 des Gesetzes strafbar.

Den Steuerpflichtigen wird — bei etwaigen Zweifeln hinsichtlich der von ihnen abzugebenden Steuererklärung — empfohlen, sich an das unterzeichnete Bezirkssteueramt zu wenden, welches zu sachgemäßer Beratung und Belehrung der Steuerpflichtigen gerne bereit ist.

Neuenbürg, den 13. März 1919.

Bezirkssteueramt: Mangold.

Abgabe der Kapitalsteuererklärungen für das Steuerjahr 1919.

Gemäß Art. 11 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. August 1903, betreffend die Kapitalsteuer (Reg.-Bl. S. 313), werden alle Steuerpflichtigen, die einen steuerbaren Extra, aus Kapitalen und Renten beziehen, aufgefordert, spätestens bis 8. April d. Js., jedoch nicht vor dem 1. April, eine Steuererklärung schriftlich nach dem vorgeschriebenen Vordruck oder zu Protokoll abzugeben.

Die Abgabe der Steuererklärung hat am Sitz des Kameralamts bei diesem, im übrigen nach freier Wahl entweder bei dem Aufnahmebeamten für die Kapitalsteuer oder bei dem Kameralamt zu erfolgen.

Die wesentlich unrichtige oder unvollständige Angabe des steuerbaren Kapitalertrags in der Steuererklärung, die geeignet ist, zur Verkürzung der Steuer zu führen, ebenso die wesentliche gänzliche Unterlassung einer Steuererklärung oder die Erstattung einer unwahren Fehlanzeige ist nach Art. 23 des Gesetzes strafbar.

Steuerpflichtige, die ungeachtet nochmaliger, gegen Empfangsbescheinigung zustellender Mahnung eine Steuererklärung oder Fehlanzeige nicht rechtzeitig abgeben, werden nach Art. 28 Abs. 1 des Gesetzes bestraft.

Neuenbürg, den 13. März 1919.

Kameralamt Mangold.

Fanny Pfannstiel Franz Stöbe

Verlobte

Nürnberg

Sulz a. Neckar

März 1919.

An dem frisch beginnenden

Tanz-Kurs

können sich noch Herren und Damen betheiligen.
Anmeldungen erbitte ich im Hotel Palmengarten.
Die Tanpleitung.

Echte Gummisauger

sowie sämtliche Gummi-Artikel sind wieder frisch eingetroffen

Gelegenheitskauf

Schröders Hygie. Kinderleibchen

in allen Größen Stück 5 Mark.

Grundner Nachfolger,

A. & W. Schmit

Mediz.-Drogerie und Sanitätsbazar Wildbad (Schwarzw.)

Evng. Gottesdienst. Sonntag, den 16. März.

Vorm. 10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Köster.

Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst.

Mittags 1 Uhr Christenlehre (Töchtern) Stadtpfarrer Kempnis

Mittags 2 Uhr Predigt in Sprollenhäuser Stadtpfarrer Köster.

Abends 5 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrer Kempnis

Kath. Gottesdienst. Sonntag den 16. März

10 Uhr Amt mit Kurzpredigt

1/2 2 Uhr Christenlehre und Andacht.

Montag keine hl. Messe,

an den übrigen Werktagen 7 1/2 Uhr hl. Messe.

Freitag Abend 6 1/2 Uhr Rosenandacht.

Beicht. Samstag von 4 Uhr an.

Kommunion Sonntag um 6 1/2 Uhr, an den Wochentagen bei der heil. Messe.

Druck-Arbeiten jeder Art

liefert rasch und billig

B. Hofmannsche Buchdruckerei

Eine große, gut eingeführte

Pension

mit 30, 40 Zimmer

zu kaufen gesucht

Ausführliche Angebote erbeten unter Nr. 1877 an die Exped. d. Bl.

Einf. anst. d.

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, das schon in bess. Hause gebildet und Kenntnisse im Kochen hat, in hiesiges gutes Privathaus zu kl. Familie auf 1. April gesucht.

Zugnisse mit Gehaltsanfor. sind zu richten an die Exped. d. Blattes unter Nr. 1257

Wildbad

Freiwillige-Versteigerung

Die Erben des verst. Wilh. Luz Schuhmachermeisters hier bringen am

Montag den 17. März von vorm. 9 Uhr an

folgende Gegenstände zum Verkauf

versch. Feldgeschir, 1 Karren 1 eisener Schalkarren, 1 Heuschlitten, 1 hölzerner neue Futterkrippe samt Hause, 1 Partie Sägmehlbrette und Schwarten, zuka 2 Kubikmeter Sägmehl, 1 Partie Säcke, 1 kleinerer Heub. 1 Partie leere Kisten, 3 Sägmehlkörbe, 3 Leitern, 1 starkes Hanfseil samt Rolle, 2 starke Ketten, 3 Meter tannenes Holz, 1 Griff 1 Tragbahre, 1 Partie ältere Ziegel, 2 bereits neue Scheuern (zum Abbruch).

Weiter werden im Laden versch. Gegenstände, wie Ladeneinrichtung, Kriegsstiefel, Einlegesohlen usw. verkauft.

Lieder
kranz
Wildbad.
Samstag abend 8 Uhr
Singstunde
im Liederkranz-Lokal zur Sonne
wozu sämtliche Säger erwartet
Der Vorstand.

Turn-
Verein
Wildbad.
Heute abend 8 Uhr
Singstunde
im wilden Mann.
Der Vorstand.

Verma dünnstiftige
Sohlen- und Absatzhügel
(Friedensware)
hat billig abzugeben
Fr. Widmayer,
Schuhmacher.

Sanjunge
für Nachmittags gesucht
A. & W. Schmit
Mediz.-Drogerie Wildbad.

Sonne Wildbad
Samstag und Sonntag
Anstich eines Hochzeiten
Münchener Bieres
Carl Gaimmüller.

Villen
oder
Landhäuser
möglichst mit Gärten, in der
Preisliste von 30—60,000 Mk
in Wildbad oder Umgebung
sowie zu kaufen gesucht.
Ausführliche Angebote bezügl.
Größe etc. mit Preisen erbeten
unter Nr. 1876 an die Ex-
pedition des Blattes.

Mädchen
24 Jahre alt, welches schon
in guten Häusern tätig war,
mit besten Zeugissen, sucht
Stellung nach Wildbad als
Zimmer- evtl. Alleinmädchen
in nur gutem Hause.
Angebote mit Gehaltsanfor-
gaben erbeten unter 2. 3. an
die Exped. d. Blattes. 257

Haarneze
Stirnneze 40/40
Stück Mt. 1.90
Handneze extra groß
Stück zu Mt. 1.80 1.50
bei
Chr. Schmidu Sohn

Fuchling: f. au
aus (Ehob-Dothringen wünscht
sich Stelle als Aushilfe der Frau
in einer Wirtschaft am Bäflet.
Offerte sind zu richten an die
Exped. d. Blattes [256